



KATHOLISCHE
ELTERNSCHAFT
DEUTSCHLANDS

KED in NRW
Landesverband

Frühjahr 2004

KED Kurrier

IN DIESER AUSGABE

Haushalt in NRW 2004, Einsparungen im Bildungsbereich	4
Großdemo in Düsseldorf	7
Zur „Kopfnoten“-Frage	10
Literaturtipps	16

Elternmitwirkung macht Schule

Die KED in NRW ist als Verband von erheblicher Bedeutung beim Ministerium für Schule in Nordrhein-Westfalen anerkannt.

Liebe Eltern, liebe Leserin, lieber Leser!

Alles, was an Großem in der Welt geschah, vollzog sich zuerst in der Phantasie eines Menschen, und wie die Welt von morgen aussehen wird, hängt in großem Maße von der Einbildungskraft jener ab, die gerade lesen lernen.“

So einfach und unmittelbar einsichtig diese Worte von Astrid Lindgren auch sind, so wenig bestimmt dieses Wissen immer das wahre Leben. Gerade eben sind die neuesten Ergebnisse der IGLU-Studie bekannt geworden. Und wir müssen zur Kenntnis nehmen: Das Ziel, eine optimale schulische Förderung unserer Kinder, sowohl der besonders för-

derbedürftigen Kinder aus sozial benachteiligten und aus Migranten-Familien, als auch der leistungsstarken Kinder, ist nicht erreicht worden.

Beflügelt unser Schulsystem, so wie es ist, die Phantasie unserer Kinder, um unsere Welt voran zu bringen? Wie muss die Schule von morgen aussehen, damit das erreicht werden kann? Sind „nur“ finanzielle Mittel notwendig oder muss eine neue Denkrichtung in der Schulpolitik und in unser aller Köpfe einkehren, damit unsere Kinder die Gestalter ihrer Zukunft, der Zukunft

unseres Landes, letztlich der Welt von morgen sein können?

Gerade für die Kleinen – darauf weisen die Ergebnisse der IGLU-Studie hin – sollte uns nichts zuviel sein. Was im Grundschulalter versäumt wird, beeinträchtigt die Chancen der Kinder ganz eminent. Wir sollten uns – eigentlich müssen wir uns, was „Schule“ anbelangt, alle Phantasien erlauben.

Und was geschah sonst in Sachen Schule? Der vor Ihnen liegende neue KED Kurier berichtet davon – es war so einiges.

Noch etwas: Ihre Meinung befruchtet unser Tun. Deshalb melden Sie sich bitte, wenn Sie anderer Meinung sind, geben Sie uns eine Rückmeldung, wenn Ihnen ein Thema besonders am Herzen liegt. Dann kann unser KED Kurier als Diskussionsforum zur Meinungsvielfalt beitragen.

Für heute wünsche ich Ihnen und Ihren Kindern ein erfolgreiches zweites Schulhalbjahr und grüße Sie herzlich

Ihre



Dr. Barbara Balbach

Vorsitzende der KED in NRW

Aus dem offenen Brief der KED in NRW an die
Ministerin für Schule, Jugend und Kinder, Ute Schäfer

In Sachen Elternmitwirkung

Sehr geehrte Frau Ministerin Schäfer,

die Katholische Elternschaft Deutschlands in NRW ist bei der Landesregierung als Verband von erheblicher Bedeutung anerkannt. Als solcher ist er bei Veränderungen und zu Gesetzentwürfen in schulpolitischen Belangen zu hören. Wir nehmen unser Mitwirkungsrecht gerne wahr und freuen uns, wenn unsere Anregungen und Bedenken von Ihrem Ministerium bedacht und aufgegriffen werden.

Ihre Vorgängerin im Schulministerium, Frau Behler, hat gemeinsam mit den leitenden Beamten im Ministerium in unregelmäßiger Frequenz die Elternverbände zum Gedankenaustausch eingeladen. Diese Treffen haben wir immer als positive, gegenseitig befruchtende Diskussionsmöglichkeit geschätzt. Zudem wurde auf diese Weise das Interesse von Ministeriumsseite aus an Kontakten mit den Eltern als Bürgern unterstrichen.

Seit Ihrem Amtsantritt habe Sie derartige Einladungen nicht mehr ausgesprochen. Auch sonst registrieren wir sinkendes Interesse von Ihrer Seite an unserer Mitwirkung. So werden z.B. unsere Stellungnahmen häufig relativ kurzfristig erbeten, gelegentlich sogar in oder kurz vor anstehenden Schulferienzeiten. Dagegen möchten wir Einspruch erheben. Zu einer intensiven Verständigung und Beratung, die sinnvoller Weise unseren Stellungnahmen zugrunde liegen, benötigen wir längere schulferienfreie Zeiträume.

Bei den Anhörungen z.B. zum Schulrechtsänderungsgesetz oder zur offenen Ganztagsgrundschule haben wir bislang wenig Respekt für die Optionen der unterschiedlichen Verbände erkennen können. Es musste der Eindruck entstehen, dass Anhörungen auf diese Weise zur Marginalie degradiert werden.

Wir würden uns dringend wünschen – und halten das für demokratisches Verhalten –, dass unsere Ansichten und Interessen in Gesetzgebungsverfahren von Ihnen gehört und ernst genommen werden und letztlich Berücksichtigung finden. Das geplante neue Schulgesetz böte sich sicherlich für einen interessanten und befruchtenden Gedankenaustausch an, insbesondere, da darin auch eine Stärkung der Elternmitwirkung gewünscht wird.

Wir würden daher Ihre Einladung zu einer intensivierten Mitwirkung sehr begrüßen und verbleiben

mit freundlichen Grüßen

n

... das Interesse von Ministeriumsseite aus an Kontakten mit den Eltern ...

Wir würden uns dringend wünschen, von Ihnen gehört und ernst genommen zu werden.

Zur Sachinformation für unsere Leser: Auszüge
aus dem offenen Brief an die Mitglieder im
Schulausschuss im Landtag Nordrhein-Westfalen

Haushalt des Landes NRW 2004, Einsparungen im Bildungsbereich

Sehr geehrte Damen und Herren,

in der öffentlichen Diskussion ist zu verfolgen, dass aus der Vorlage für den Landeshaushalt die Absicht ersichtlich ist, den Anteil des Landes zur Finanzierung der privaten Schulen zurückzufahren und damit eine Erhöhung des Trägeranteils dieser Schulen zu erzwingen.

Die KED in NRW geht davon aus, dass diese Maßnahmen nicht im Schulministerium erdacht worden sind und weiterhin, dass der Schulausschuss des Landtages zu diesen Fragen noch nicht beraten hat. Verstehen Sie unseren Brief bitte als informativen Beitrag und als Signal betroffener Eltern.

Die KED in NRW hat traditionsgemäß eine besondere Aufmerksamkeit für die Belange der freien Schulen, bei denen es sich zu einem großen Teil um Schulen in kirchlicher Trägerschaft handelt. Unsere Mitglieder sind direkt von den beabsichtigten Maßnahmen betroffen. Erlauben Sie uns aus dieser Perspektive folgende Hinweise:

1) Auch private Schulen sind bereits durch die Sparmaßnahmen an öffentlichen Schulen (etwa die Erhöhung der Lehrerarbeitszeit um eine Unterrichtsstunde) betroffen. Sie haben Zusatzbelastungen dadurch, dass die Refinanzierung volle Klassen (Schülersollzahlen) bei der Berechnung zugrunde legt und in jedem Schuljahr Lehrplanstellen bis auf Nachkommastellen genau berechnet. Vergleichbare Berechnungen können unseres Wissens bei den öffentlichen Schulen kaum vorgenommen werden. Der private Schulträger bezuschusst also Aufgaben der öffentlichen Hand (in diesem Falle das Schulwesen) mit erheblichen Beträgen.

2) [...]

3) Die Haushaltsplanungen bei den privaten Schulträgern für das kommende Haushaltsjahr sind bereits erfolgt, Stellenbesetzungen sind vorgenommen, Investitionen projektiert. Der Einschnitt ab dem kommenden Jahr mit einer Erhöhung für die freien Träger wirft die Frage auf, ob aufgrund der Finanznot des Landes die Bildung und Förderung der Kinder und Jugendlichen vernachlässigt werden soll. Spätestens seit den Ergebnissen der PISA-Studie ist bekannt, dass sich Deutschland keinerlei Einschränkung im Hinblick auf die Zukunftsfähigkeit erlauben kann. Zudem widerspricht die in Aussicht gestellte Mittelkürzung der von Regierungsseite immer wieder gemachten Zusage „An Bildung wird nicht gespart“.

**Der private
Schulträger
bezuschusst
Aufgaben der
öffentlichen
Hand.**

4) In Nordrhein-Westfalen hat im vergangenen Jahr das Projekt „Selbstständige Schule“ begonnen, das durch Budgetierung von Schulen und eigene Bewirtschaftungsbefugnisse zur Effizienzsteigerung des Schulwesens beitragen soll. Die privaten Schulen des Landes sind bereits jetzt Schulen mit einem Ausmaß an Selbstständigkeit, wie sie das Land auch für öffentliche Schulen anstrebt, und werden zudem bereits aus Mitteln Dritter gefördert und bezuschusst. Die KED in NRW ist grundsätzlich der Meinung, dass das Konzept, Schulen eine größere Selbstständigkeit zu verleihen, richtig ist, und zur Pluralität und Flexibilisierung der Bildungslandschaft beiträgt. Die ins Auge gefassten Sparmaßnahmen stellen nunmehr auch diese bildungspolitischen Konzepte erheblich in Frage: Die funktionierenden selbstständigen Schulen werden in ihrer Existenz gefährdet, damit wird die Pluralität in der Bildungslandschaft unseres Landes empfindlich gestört. Wie sollen die Schulen im Projekt „Selbstständige Schule“ dieses Signal verstehen? Ist ihre Planungssicherheit, kaum sind sie budgetiert und damit selbst für ihr Geld verantwortlich, in der Zukunft garantiert? Oder werden sie als nächste – wie die freien Schulen gegenwärtig – in ihrer Kreativität gebremst und in ihrer Arbeitsfähigkeit beeinträchtigt werden?

Die funktionierenden selbstständigen Schulen werden in ihrer Existenz gefährdet

Bei allem Verständnis für notwendige Sparmaßnahmen und im Blick auf die öffentlichen Ausgaben hat die KED in NRW erhebliche Bedenken: Zum einen, ob überhaupt ein Spareffekt durch die projizierten Sparmaßnahmen erreicht wird oder ob nicht das Gegenteil wahrscheinlicher ist, und zum zweiten, ob die Einschränkung der öffentlichen Ausgaben für freie Schulen bildungspolitisch in irgendeiner Art und Weise vertretbar ist.

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, wir appellieren an Sie als Mitglieder des Schulausschusses des Landtages, parteienübergreifend alles in Ihrer Macht stehende zu tun, um haushaltstechnisch unsinnige Entscheidungen zu vermeiden, die den Verlust an Pluralität in der Bildungslandschaft unseres Landes und die Einschränkung der Zukunftschancen unserer Kinder bedeuten.

Hochachtungsvoll

n

- Insgesamt finden sich in Deutschland Ergebnisse von international gutem Niveau. Das darf bei aller Binnendifferenzierung in Deutschland nicht übersehen werden.
- Misserfolge in der Schule werden eher dem Schüler als Versagen angelastet als der Schule oder den Lehrern.
- Die oberste Kompetenzstufe in der Lesekompetenz erreichen in Nordrhein-Westfalen nur halb so viele Kinder wie in England.

Prof. Wilfried Bos, Hamburg
Präsentation der IGLU-Studie in Düsseldorf

Eltern gegen Kürzungen im Bildungsbereich

Etwa 200.000 Unterschriften wurden am Mittwoch, 7. Januar 2004, von Vertretern von Elternverbänden der Vizepräsidentin des NRW-Landtags, Frau Edith Müller, übergeben. Mit diesen Unterschriften wollen sich die Elternschaften von Schulen freier Träger gegen die geplante Kürzung bei der Ersatzschulfinanzierung wehren. Der Protest sei ein Zeichen der hohen Wertschätzung, die die freien Schulen bei den Eltern erfahren, so Dr. Barbara Balbach, Vorsitzende der Katholischen Elternschaft (KED) NRW in ihrem Statement bei der Übergabe der Unterschriften.



Vertreter der KED-Diözesanverbände aus Aachen, Münster und Paderborn mit ihren gesammelten Unterschriften

Allseits anerkannt ist, dass die freien Schulen hervorragende Arbeit leisten, dass sie verlässliche Partner in Erziehungsfragen sind und mit innovativen Ideen immer wieder als Vorreiter, auch für das öffentliche Schulwesen, erfolgreich waren, fuhr Balbach fort und zitierte die bildungspolitische Sprecherin von Bündnis 90/Grüne, Frau Löhrmann: „Ersatzschulen leisten einen wichtigen Beitrag zur Schulentwicklung in unserem Land und befruchten auch die öffentlichen Schulen.“

Balbach wies weiterhin auf die gesetzlich garantierte Pluralität im Bildungswesen hin, die sie aber durch die Pläne der Landesregierung erheblich gefährdet sieht.

Zum Schluss erinnerte sie an das Grundgesetz (Art. 7) und an die Landesverfassung (Art. 8), in denen die Gleichbehandlung der Schulen garantiert wird. Sie forderte alle Abgeordneten nachdrücklich auf, sich an das nach PISA gemachte Versprechen „An Bildung wird nicht gespart“ zu erinnern und die Kürzungen im Ersatzschulbereich abzulehnen.



v.l. Regine Schwarzhoff (EV NRW), Liane Schoofs (KED Aachen), Landtagsvizepräsidentin Edith Müller, Barbara Kols-Teichmann (Landeselternschaft der Gymnasien), Dr. Barbara Balbach (KED in NRW)

Die Landtagsvizepräsidentin, Frau Müller, war sichtlich beeindruckt vom Engagement der Eltern und stimmte den Ausführungen grundsätzlich zu. Gleichwohl gestand sie ihren Zweifel an der Möglichkeit zur Rücknahme der Kürzungen ein, schränkt doch die Finanzmisere den Handlungsspielraum stark ein. Sie wolle die Eltern als Partner für die notwendigen Reformen

in unserem Land gewinnen, so Müller, damit die nachfolgenden Generationen nicht die Lasten zu tragen hätten. n

Redeauszüge und Impressionen von der Großkundgebung am 21. Januar 2004 vor dem Landtag in Düsseldorf

„Hände weg von unseren Schulen!“

„In der Frage der Bildung und der angekündigten Kürzungen wird Zukunft ganz konkret, heute hier an diesem Ort. Deshalb freue ich mich, dass dies so viele von uns gespürt haben und sich hierher nach Düsseldorf begeben haben.“



„Wir sind offene Schulen, Ersatzschulen. Das Wort „Ersatz“ zeigt an, was die Träger Freier Schulen leisten, und seien es nun Waldorfer, Katholiken, Protestanten oder andere Träger: Sie leisten einen Ersatzdienst, den sonst der Staat zu leisten hätte, sie übernehmen Staatsaufgaben, sie unterstützen den Staat direkt und subventionieren ihn mit ihrer Eigenbeteiligung an den Kosten für eine Schule. Dass die Landesregierung zur Bewältigung ihrer verfassungsrechtlich festgelegten Aufgaben nun noch mehr Subventionen verlangt, das ist absurd und unverschämt.“

Der Landeshaushalt für NRW sieht im Jahre 2005 eine Erhöhung des Eigenanteils der freien Schulträger von 6 auf 7,5% vor, das entspricht einer Erhöhung um 25%.



„Vielleicht gibt es auch in der Opposition Zukunftsblinde. Sie alle sollen wissen: Wir lassen uns nicht ewig ausbeuten. Nicht etwa, weil wir so toll wären, sondern weil bald keine Beute mehr da ist.“



„Lernst du noch oder sparst du schon?“

„Es ist nicht einzusehen, warum nun gerade die preiswerten Ersatzschulen zusätzlich belastet werden sollen. Wir fordern keine Kürzungen für die öffentlichen Schulen, im Gegenteil, wir fordern eine Finanzausstattung, die es allen Schulen, auch den Freien Schulen, möglich macht, ihre Schüler auf die Herausforderungen von morgen vorzubereiten.“

„Wir demonstrieren gegen eine Bildungspolitik, die den Freien Schulen das Leben zusätzlich erschweren möchte.“



„Wir alle wissen: Sparen muss sein. Aber es muss doch intelligent gespart werden! Es gibt wichtige, weniger wichtige und unwichtige Aufgaben. Und bei wichtigen Aufgaben darf man nicht sparen! Wie heißt es so treffend auf einem eurer Transparente: ‚Schluss mit dem Falschgeiz!‘“



„In der nordrhein-westfälischen Politik gilt Bildung eben nicht als wichtig, sondern nur als weniger wichtig. Schon gar nicht ist sie Priorität Nummer eins, wie uns immer versichert wird. Gegen diese falsche Prioritätensetzung wenden wir uns heute – im Namen aller, denen die Zukunft unseres Landes am Herzen liegt.“



„Nicht die Träger der Freien Schulen müssen dem Land dankbar sein. Das Land hat den Trägern der Freien Schulen dankbar zu sein! Wenn schon die Bildungspolitik nicht in der Lage ist, den Schulträgern zu danken, dann wollen wir es heute gemeinsam tun – Eltern, Schüler und Lehrer.

Diesen Dank drücken wir am besten durch unsere Solidarität aus:

- ob katholisch oder evangelisch,
- ob Waldorfschule oder Ordensschule,
- ob religiös orientiert oder reformpädagogisch ausgerichtet – wir stehen zusammen!“



Unterschriftensammlung im Erzbistum Köln

Aus Protest gegen die geplanten Kürzungen der Zuschüsse für Freie Schulen hatte die Katholische Elternschaft Deutschlands (KED) im Erzbistum Köln unmittelbar nach Bekanntwerden der Haushaltspläne bereits im November 2003 im Landtag eine Liste mit mehr als 130.000 Unterschriften überreicht. Auch die drei evangelischen Landeskirchen in NRW protestieren gegen geplante Kürzungen. Zusammen mit der landesweiten Unterschriftensammlung (siehe S. 6) liegen 330.000 schriftliche Protestnoten vor.

Zu Gast bei der KED in NRW war am 12. November 2003 Harald Gesing (BGV Essen) zum Thema „Beurteilung des Arbeits- und Sozialverhaltens als Bestandteil von Zeugnissen“ – Protokoll-Notizen von Dr. Barbara Balbach

Zur „Kopfnoten“-Frage

Im Rahmen der Diskussion um die Wiedereinführung von „Kopfnoten“ auf den Zeugnissen der Sekundarstufe hat sich die KED in NRW im Rahmen ihrer Herbst-Delegiertenversammlung mit dem Thema befasst und den Referenten des Bischöflichen Generalvikariats Essen dazu eingeladen. Harald Gesing war an der Ausarbeitung des entsprechenden Erlassentwurfes für die katholischen Schulen des Bistums Essen beteiligt und ist seit Jahren mit der diffizilen Materie befasst.

Zur Situation Zur Situation: Vom Ministerium für Schule, Kinder und Jugend war im Frühjahr 2003 die Vorgabe gemacht worden, dass Zeugnisse aller Jahrgänge Aussagen zum Arbeits- und Sozialverhalten enthalten können a) weil es einen Mangel an Erziehung durch das Elternhaus zu geben scheint, b) um Kindern und Jugendlichen einen Anreiz zu geben, sich abseits von fachlichen Beurteilungen eine positive Bewertung auf dem Zeugnis einzuhandeln, c) um eine Möglichkeit an die Hand zu bekommen, insgesamt wieder Anstrengungs- und Lernbereitschaft einkehren zu lassen und d) um den Wünschen von Wirtschaft und Arbeitgeberverbänden entgegen zu kommen, die seit Jahren eine Beurteilung dieser Art wünschen, damit sie bei Bewerbern für eine Arbeitsstelle nicht nur auf die wenig aussagekräftigen Fachnoten angewiesen sind.

Zur Vorgeschichte Zur Vorgeschichte: Bis zum Ende der 1960er Jahre war es eine Selbstverständlichkeit, dass Kinder sowohl zu Hause als auch in der Schule erzogen werden. Bestandteil des Zeugnisses waren Noten in – die meisten von uns erinnern sich noch gut – Führung, häuslicher Fleiß und Beteiligung am Unterricht.

Ende der 1960er Jahre kam eine Zeit der Verwissenschaftlichung der Schule und die Diskussion um „antiautoritäre Erziehung“. In diesen Zeitgeist und das neue Konzept von Schule und Erziehung passten die Kopfnoten nicht mehr hinein.

Zu Beginn der 1980er Jahre wurde die Notengebung für die Grundschüler der ersten beiden Jahrgänge aufgegeben und Textzeugnisse eingeführt, die dann auch Bemerkungen zum Arbeits- und Sozialverhalten enthielten. Es sollten eine individuellere Förderung erreicht, Stärken und Schwächen in individuellen Lernverläufen gekennzeichnet und so der einzelne Schüler eher ermutigt als bewertet werden. Zudem, so hoffte man, verringere sich der Konkurrenzkampf unter den jungen Schülern und die soziale Kooperation steige. Nicht alle Erwartungen – so weiß man heute – wurden zufrieden stellend erfüllt. Wissenschaftliche Auswertungen dazu fehlen jedoch bis heute.

Ab 2000 etwa setzt sich das Bewusstsein durch, dass man nicht „nicht-erziehen“ kann. Es wird mangelnde Erziehungsbereitschaft in den Familien beklagt, die zu einem „Erziehungsnotstand“ führe. Dazu kommt die Erkenntnis aus der PISA-Studie, dass die schulische Arbeit in der derzeitigen Form international nicht konkurrenzfähig ist. So erschien die Beurteilung des Arbeits- und Sozialverhaltens als eine gute Möglichkeit, verschiedene Missstände auf einmal zu beheben.

Zum Kontext für das katholische Schulwesen: Im Hintergrund der derzeitigen Bestrebungen, die Förderung des Arbeits- und Sozialverhaltens an katholischen Schulen voranzutreiben, spielen Menschenbildüberlegungen und der christliche Bildungsauftrag eine Rolle. Der diesbezügliche Erlass des Bistums Essen ist dementsprechend nicht mit „Beurteilung ...“, sondern mit „Förderung des Arbeits- und Sozialverhaltens“ überschrieben. Zudem sei es keinesfalls sinnvoll, die Einführung der Beurteilungen des Arbeits- und Sozialverhaltens im „Schnellverfahren“ durchzuziehen, vielmehr müsse eine intensive pädagogische Kommunikation zwischen Lehrern, Eltern und Schülern vorausgehen, die mindestens eine zweijährige Vorlaufzeit in Anspruch nehme.

Zum Kontext für das katholische Schulwesen

Insbesondere sollen Bedenken ernst genommen und ausgeräumt werden. Das sind von Lehrerseite vor allem:

Bedenken der Lehrerseite

- die Justiziabilität der Beurteilungen, die – wenn auch nicht versetzungsrelevant, so doch – einen erheblichen Einfluss auf die Zukunft der Jugendlichen haben, sowohl was ihre beruflichen Aussichten als auch ihre psychische Entwicklung anbelangt,
- der hohe Arbeitsaufwand zur Erstellung der Beurteilungen für jeden Schüler und jede Schülerin bei oft nur geringer Wochenstundenzahl an Unterrichtskontakten,
- und die Verunsicherung, welchen Veränderungen der eigene Unterricht unterzogen werden muss, damit überhaupt Arbeits- und Sozialverhalten erlernt und somit auch beurteilt werden kann. Denn: Kann und darf überhaupt etwas beurteilt werden, das nicht in der Schule gelernt wird? Zeugnisse können nicht differenzierter sein als der Unterricht selbst.

Die Befürchtungen der Eltern decken sich damit, hinzu kommen weitere Sorgen:

Befürchtungen der Eltern

- dass eine Standardisierung der Formulierungen zu geringer Aussagefähigkeit der Beurteilungen führt,,
- um Interpretationsspielräume bei Beurteilungen von unterschiedlichen Lehrern und unterschiedlichen Schulen, daraus resultiert mangelnde Vergleichbarkeit,
- um die Subjektivität der Beurteilung durch einzelne Lehrer – ebenso wie bei den Leistungsbeurteilungen in den Fächern – wodurch ebenfalls der Wert der Beurteilung fragwürdig wird,
- um die beruflichen Chancen ihrer Kinder, deren Arbeits- und Sozialverhalten sich in beruflicher Umgebung völlig anders darstellen und entwickeln kann als in schulischen Zusammenhängen.

**Sie sollen eine
Kommunikation
zwischen Eltern,
Lehrern und
Schülern in Gang
setzen.**

Eltern und Lehrern ist es Anliegen und Aufgabe – an katholischen Schulen in besonderer Weise – die jungen Menschen in fachlicher, sozialer und religiöser Hinsicht und im Blick auf ihre persönliche Entwicklung in jeder Hinsicht zu fördern. Die Beurteilungen des Arbeits- und Sozialverhaltens als pädagogische Rückmeldungen sind – anders als fachliche Benotungen – die Beurteilungen eines momentanen Entwicklungsstandes. Sie sollen eine Kommunikation zwischen Eltern, Lehrern und Schülern in Gang setzen und Ermutigung und positive Verstärkung sein. Darüber hinaus werden Werte und Maßstäbe deutlich, die an unseren Schulen gelten sollen. In diesem Zusammenhang wird klar, dass die Lehrer schlechthin das Modell für das Verhalten ihrer Schüler sind – und sein müssen. Das ist eine besondere Chance für die katholischen Schulen, ihr Potential zur Entwicklung von Pünktlichkeit, Leistungsbereitschaft, Respekt und Toleranz zu nutzen.

Abschließend die wichtigsten Punkte:

**Es geht um För-
derung, nicht um
Beurteilung.**

- Es geht um Förderung, nicht um Beurteilung. (Intention)
- Die Einführung und Durchführung, die gesamte Art der Kommunikation muss dialogisch von Eltern, Lehrern und Schülern erarbeitet werden. (Partizipation)
- Die Formulierungen müssen weitgehend deskriptiv, nicht normativ sein. (Ausführung)
- Die Schule muss ihre Fördermaßnahmen erarbeiten und benennen und mit Eltern und Schülern beraten. (Transparenz)
- Eltern müssen das Verhalten ihrer Kinder reflektieren und ggf. erzieherisch eingreifen. (Engagement).
- Lehrer und Eltern müssen sich bewusst sein, dass sie bezüglich ihres Arbeits- und Sozialverhaltens Vorbild sind. (Modelllernen).

Das christliche Verständnis vom Menschen erfordert jedenfalls die vertrauensvolle Kommunikation zwischen Lehrern, Eltern und Schülern, ohne die weder eine gezielte Förderung noch eine angemessene Beurteilung stattfinden kann. n

Übrigens:

Die aktuelle Vorlage des Bistums Münster „in Sachen Kopfnote“ für seine freien katholischen Schulen bemüht sich, den oben beschriebenen Bedenken Rechnung zu tragen. Der Schulträger betont darin das Ziel, die Erziehungsarbeit zu stärken und kennzeichnet die Zeugnisbemerkungen zum Arbeits- und Sozialverhalten lediglich als einen möglichen Weg. Breiten Raum nehmen die Rahmenbedingungen für Alternativen an den einzelnen Schulen ein, deren Erziehungsarbeit zu stärken. Sie sollen als Zielvereinbarung ausgehandelt werden, an das jeweilige Schulprogramm zurückgebunden und vom Schuljahr 2004/2005 bis 2006/2007 über drei Jahre erprobt werden. Diese Erprobungsphase wird durch Fortbildungsangebote begleitet, deren Ergebnisse öffentlich zugänglich gemacht und ggf. dokumentiert.

Gegenwärtig wird in Düsseldorf an einem neuen Schulgesetz gearbeitet, das zahlreiche Einzelgesetze in einem zusammenhängenden Gesetz bündeln will. Aus der Stellungnahme der KED in NRW

Zum Entwurf eines neuen Schulgesetzes in Nordrhein-Westfalen

Die KED in NRW begrüßt die umfassenden Anstrengungen, im Schulbereich zu Deregulierungen zu kommen, Vorschriften zu vereinfachen und Verwaltungsanteile zugunsten der pädagogischen Arbeit zu verschlanken.

Die KED in NRW begrüßt darüber hinaus, dass Rahmenbedingungen für eine größere pädagogische, verwaltungsmäßige und wirtschaftliche Selbstständigkeit der Schulen geschaffen werden sollen, sowie insgesamt Entscheidungen von der Schulaufsicht auf die Schulen delegiert werden können. Die damit angestrebte größere Pluralität im Bildungswesen, verbunden mit einer größeren Eigenständigkeit der einzelnen Schulen und Träger, sowie eine entsprechende Erweiterung der Mitbestimmungsnotwendigkeiten und Mitbestimmungsmöglichkeiten finden ebenfalls die ausdrückliche Zustimmung der KED in NRW.

Die Stellungnahme der KED in einigen Auszügen:

Zu § 5 Abs. (3) – Offene Ganztagschule

Die Kooperation mit „anderen Einrichtungen, die Bildung und Erziehung fördern“ formuliert nicht die erforderlichen Qualitätsanforderungen an Kooperationspartner. Es muss hier um Träger der Jugendhilfe gehen, die anerkannte Träger sind und die Kooperation auf entsprechende Partner beschränkt werden. Anderenfalls bestünde die Gefahr eines Qualitätsverlustes, weil Partner aufgrund von wirtschaftlichen und ideologischen Interessen (etwa die Scientology-Gruppierung oder andere im Bereich der Sekten und Weltanschauungsgruppierungen) in die Betreuung der Kinder und Jugendlichen gerade an Primarschulen hineindrängen könnten. Die öffentliche Schulaufsicht muss Interesse haben, das zu verhindern.

Zu § 31 – Ersatzfach zu Philosophie

Die hier formulierte Ersatzfachregelung lässt offen, ob an Schulen das Fach „Praktische Philosophie“ eingerichtet werden muss oder nicht. Die KED in NRW schlägt folgende Formulierung vor: „Schülerinnen und Schüler, die nicht am Religionsunterricht teilnehmen, nehmen am Fach Praktische Philosophie teil. In der gymnasialen Oberstufe besteht die Verpflichtung, nach einer Befreiung vom Religionsunterricht das Fach Philosophie zu belegen.“

Zu § 41 Abs. (4) – Mitbestimmung

Die KED in NRW begrüßt ausdrücklich die Betonung der Elternko-

operation, das entspricht dem Bemühen der Katholischen Elternschaft Deutschlands um Erziehungspartnerschaft im schulischen Bereich. Hierbei geht es nicht nur um die formale Ausgestaltung der Schule, sondern auch um Organisation und Implementierung von Kommunikation zwischen Lehrerschaft und Elternschaft, sowie um die Bildung der Eltern in schulischen Belangen.

Zu § 62 Abs. (3) – Elternmitwirkung

Satz 3 ist unrichtig formuliert, es muss heißen: „Lehrer und Lehrerinnen einer Schule können nicht als Elternvertreter an derselben Schule gewählt werden.“

Lehrer und Lehrerinnen generell von der Wählbarkeit in Elternmitwirkungsorganen an der Schule ihrer Kinder auszuschließen, kann nicht Sinn dieser Regelung sein, ist aber nach der Entwurfsformulierung so bestimmt.

Zu § 64 Abs. (2) – Mitwirkung

Das Mitwirkungsorgan soll „bei Bedarf“ einberufen werden. Wir schlagen folgende Änderung vor, die die Mitwirkungsarbeit in den Schulen formal besser absichert. Neuer Text: „Die oder der neue Vorsitzende beruft das Mitwirkungsorgan bei Bedarf, mindestens einmal pro Halbjahr ein“.

Zu § 76 Abs. (3) – Elternmitwirkung auf Landesebene

Satz 2 sieht die Beteiligung der Verbände der Eltern vor, soweit sie mindestens eine Schulform oder Schulstufe auf Landesebene vertreten. Die Formulierung ist insofern missverständlich, als damit – entgegen der Formulierung in Abs. (1) – die Elternverbände ausgeschlossen sein könnten, die sich nicht auf eine Schulform oder Schulstufe beziehen, die also schulformübergreifend landesweit tätig sind. Das kann nicht im Interesse des pluralen Staates und einer demokratischen Mitwirkung sein. Die KED in NRW ist als Verband von erheblicher Bedeutung bei Ministerium anerkannt, diese Anerkennung trifft auch auf andere Elternverbände zu. Es bietet sich folgende Umformulierung an: „Verbände der Eltern, soweit sie mindestens eine Schulform oder Schulstufe auf Landesebene vertreten und die landesweit tätigen Elternverbände von erheblicher Bedeutung“.

Da die Begründung des vorliegenden Gesetzes ausdrücklich auf den § 2 Abs. 4 und den § 16 des Schulmitwirkungsgesetzes Bezug nimmt, ist diese Präzisierung vonnöten, um die Gleichwertigkeit der gesetzlichen Regelung sicher zu stellen.

Die KED in NRW geht davon aus, dass nach der hier zu Grunde gelegten ersten Entwurfsfassung vom 14. Oktober 2003 aufgrund der Bedeutung des Gesetzesvorhabens und aufgrund der Fülle der hierzu notwendigen Anmerkungen von verschiedenster Seite aus eine weitere Entwurfsfassung zur Beratung vorgelegt wird. Wir gehen davon aus, dass wir die folgende Fassung ebenfalls zur Kommentierung erhalten, um ggf. auch nach Abgleich mit den nunmehr eingehenden Änderungsvorschlägen weitere Anmerkungen machen zu können. n

Schafft Schule keinen Lese-Spaß?

Die Schule treibt den Jugendlichen die Freude nicht nur an der schönen Literatur, sondern am Lesen überhaupt aus.“ Diese Feststellung trifft der Leseforscher Bodo Franzmann nach Abschluss einer für die Mainzer Stiftung Lesen durchgeführten Studie „Muss-Lektüre versus Lust-Lektüre“. Danach hat sich ergeben, dass die privaten Lesevorlieben der Schülerinnen und Schüler sich so im Lehrplan nicht wieder finden. Dieses Bild deckt sich auch mit den Ergebnissen der PISA-Studie, nach der 42% der 15-Jährigen in Deutschland ungern lesen. 23% verstehen nur Sätze auf einfachstem Niveau, d.h. sie verstehen zwar einen simplen Aussagesatz, können aber keine Konsequenzen daraus ziehen.

Der Vorsteher des Börsenvereins des deutschen Buchhandels sieht darin keinen Grund zur Beunruhigung. Das Freizeitangebot für Jugendliche ist so groß geworden, dass das Buch in große Konkurrenz zu anderen Medien wie Fernsehen und Computern geraten ist. So neigen die jugendlichen Leser heute mehr zu überfliegendem Lesen, lange Romane seien eher schwierig. „Lesen lernt man durch lesen“ lautet die Erkenntnis, daher soll im Unterricht bevorzugt die Freude am Lesen durch Berücksichtigung der Neigungen der Jugendlichen gefördert werden. Im Allgemeinen greifen Mädchen eher zu Romanen, während Jungen Sachbücher bevorzugen.

Um die Leselust zu fördern, setzen Fachleute auf Vorlesewettbewerbe, die deutlich steigende Beliebtheit erleben. Bei einem neuen Wettbewerb „Ohr liest mit“ geht es darum, Lesestoff in Hörspiele umzuwandeln, die besten Beiträge sollen im Rundfunk ausgestrahlt werden. [n](#)

- Die Ausstattung einer Schule mit Zeit, Personal und Sachmitteln ist nur die Voraussetzung zur Durchführung des Unterrichts, entscheidend für den Kompetenzerwerb ist die Nutzung der Mittel.
- Schulnoten spiegeln oft nicht die tatsächliche Fachleistung wider und sind nicht vergleichbar. Es liegen keine übergreifenden Standards vor und Noten werden nicht immer nach objektiv erbrachter Leistung gegeben. Z.B. werden in sozialen Brennpunkten zur Erhöhung der Motivation oft bessere Noten vergeben.
- Bayern verschenkt bzw. verhindert durch zuwenig Gymnasialempfehlung die Zukunft zahlreicher Kinder (29,2% Gymnasialempfehlungen gegenüber 40% in Hessen und Baden-Württemberg, 34% in Nordrhein-Westfalen).
- Hervorhebung bzw. Belohnung von Leistung geschieht in den östlichen Bundesländern mehr als in westlichen.

Prof. Wilfried Bos, Hamburg
Präsentation der IGLU-Studie in Düsseldorf

Jürgen Kluge: Schluss mit der Bildungsmisere. Ein Sanierungskonzept

Die Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung nannte ihn einen „Provokateur auf die sanfte Tour“: Jürgen Kluge, Jahrgang 1953, Chef von McKinsey Deutschland. Ein Unternehmensberater als Lehrer der Nation.

Kluge ist davon überzeugt, dass sich Deutschland im internationalen Wettbewerb nur behaupten kann, wenn das Bildungssystem schleunigst reformiert wird. Seiner Ansicht nach ist das Grundübel im deutschen Bildungssystem die mangelnde Chancengleichheit. PISA führt uns deutlich vor Augen: Bildung für alle ist ein Euphemismus. Bei uns ist die soziale Segregation gefestigt; der Bildungsstand wird vererbt, im Wesentlichen entscheidet die soziale Herkunft über die schulische Laufbahn.

Die eilig eingeläuteten Reformversuche werden von ihm in dieser Hinsicht als ineffizient abqualifiziert. Vier Milliarden Euro mögen zwar publikumswirksam Ganztagschulen unterstützen, die Misere sei aber so nicht in den Griff zu bekommen. Denn PISA hat gezeigt: es liegt nicht am Geld. Die Ergebnisse bei uns sind schlechter als in Ländern, in denen weniger oder gleichviel pro Kopf ausgegeben wird. Nein, es liegt an der Verwendung des Geldes: veraltete Unterrichtskonzepte, mangelnde Freiräume für Schulleiter und Schulen und zu niedrige Qualitätsstandards. In der Autoindustrie gelten höhere Qualitätsmaßstäbe als in der Bildung, Mittelmaß ist gut genug, Freude am Lernen, Freude an guten Noten werden als krankhafter Ehrgeiz stigmatisiert, Lehrer sind mit ihrer Arbeit nicht gesellschaftlich anerkannt und gewürdigt.

Auch darf multikulturelle Vielfalt in unserem Land nicht als Minuspunkt, als Belastung angesehen werden, sondern als Reichtum, der die Selbsterneuerungskräfte einer Gesellschaft freizusetzen vermag. Unsere Lehrer sind nur zu wenig auf die Multi-Kulti-Szene vorbereitet.

Kluge plädiert für den Ausgleich zwischen „unten“ und „oben“, für eine spätere und weniger endgültige Sortierung der Kinder nach Begabungen, nicht nur für eine Eliteförderung.

Er fordert auch eine intensivere vorschulische Betreuung, Erfolgskontrollen im Unterricht und regelmäßige Lehrerfortbildungen, und das alles frei von ideologischen oder parteipolitischen Zwängen.

Der Autor ist auch gegen die Aufblähung staatlicher Apparate und bereit, radikale Lösungen zu denken. Er fordert Investitionen in sozialen Brennpunkten. Damit können Kinder – nach britischem Vorbild – auf ein höheres Niveau gefördert werden als Kinder aus der normalen Umgebung. So könne man der „Verschwendung von Talenten“ entgegenwirken.

Oberstes Reformziel des deutschen Schulwesens muss die gerechtere Verteilung von Bildung sein. [n](#)



Campus Verlag, Frankfurt/Main 2003, 240 Seiten.
EUR 24,90

Hartmut von Hentig: Die Schule neu denken

Es ist ein gutes Zeichen, dass man sich wieder für Lernen, für Bildung interessiert. Nach dem PISA-Schock sind viele neue Bildungsbücher erschienen, mit vielen Vorschlägen für eine bessere Schule, viele sind nachdenkenswert, so auch das Buch von Hartmut von Hentig. Der Bielefelder Pädagoge hatte es lange abgelehnt, sich zum Thema PISA zu äußern, jetzt aber hat er sein 10 Jahre altes Buch neu überarbeitet und mit einem 50-seitigen Essay als Vorwort versehen; schade, dass nur auf der Rückseite des Buches ein Hinweis darauf zu finden ist, denn diesem Buch wünscht man viele Leser.

Mit großer Sorgfalt und Sachlichkeit hat er sich mit den Ergebnissen der TIMSS- und der PISA-Studien auseinandergesetzt, auch mit den darauf folgenden hektisch erdachten Ideen „zur Auslöschung der PISA-Schmach“. Der Gründer der Bielefelder Laborschule, die im Vergleich glänzend abgeschnitten hat, relativiert so manches Ergebnis, und beklagt dennoch die fehlenden oder falschen Konsequenzen. Als Gründe sind nicht nur Bildungsföderalismus, Bürokratieunbeweglichkeit und leere Kassen zu nennen.

Eine ganz wesentliche Erkenntnis ist der Fortbestand der Kopplung von sozialer Herkunft und Kompetenzerwerb der Nachfolgeneration. Es fehlt nach wie vor an Förderung und Ermutigung für Kinder aus schwächeren Milieus. Von Hentig ist skeptisch, ob der Ausbau von Ganztagschulen diese Mängel beheben kann. Wenn die Ganztagschule nur die Ausdehnung des heute geläufigen Unterrichts von fünf auf acht Stunden bedeutet und nicht ein verändertes Lernen, ist sie ein Unglück für die Kinder.

Eine Schule soll sich des ganzen Menschen annehmen. Das hat von Hentig schon vor 10 Jahren vorgeschlagen, damals unter dem Eindruck wachsender Gewalt an den Schulen. Das Problem hat seither eher zugenommen, deshalb fordert er von der neuen Schule viel: sie muss Kindern das Gefühl geben, angenommen zu werden, wichtig und erwünscht zu sein, Immer wieder beklagt er die „Schwäche der Schule für die Seelenzustände der Kinder“. Konsequentes Umdenken fängt an bei den abweisenden Gebäuden mit liebloser Einrichtung, geht über falsch ausgebildete Lehrer und gleichgültige Eltern bis zu umfangreicher Bürokratie mit zu wenig Autonomie und zu vielen Regeln.

Die Schule frisst nicht die Kinder, wohl aber die Kindheit und Jugend. Sie entlässt den jungen Menschen kenntnisreich, aber erfahrungsarm, erwartungsvoll, aber orientierungslos, ungebunden, aber auch unselbstständig. Ob der PISA-Schock heilsam ist, hängt davon ab, ob die Schule nun wirklich neu gedacht wird, ob sie die „Bildung eines Bürgerbewusstseins“ erreicht. Der junge Mensch muss einen eigenen Willen und Gemeinsinn, Vernunft und Verantwortung ausbilden, um Herr der Verhältnisse zu sein. Ihm dazu zu verhelfen, ist Aufgabe der öffentlichen Pflichtschule. n



*Beltz-Verlag, Weinheim 2003,
338 Seiten. EUR 12,90*

Vom internationalen Kongress zur Begabtenförderung, zu dem die Bertelsmann Stiftung, das Internationale Centrum für Begabtenförderung der Universität Münster und die Karg-Stiftung für Hochbegabtenförderung eingeladen hatten.

„Wir werden das Ende der Schule, wie wir sie kennen, erleben.“

... prognostiziert Prof. Heribert Meffert und fordert eine bildungspolitische Neuorientierung, denn „Unsere Zukunftsfähigkeit sichern wir nur mit einem öffentlichen Bildungssystem, das alle fördert und fordert: auch die besonders Begabten.“

Einig waren sich die Experten darin, dass Lernen an der Schule individualisiert und flexibilisiert werden sollte, muss das gesamte Spektrum an Begabungen berücksichtigt werden. Dazu Prof. Rita Süßmuth: „Wenn wir Spitzenleistungen wollen, müssen wir alle mitnehmen – auch und vor allem die Schwächeren.“

Durch Integration statt früher Selektion könne individuelle Förderung in den Vordergrund gerückt werden, die frühe Aufteilung der Kinder in die weiterführenden Schulen müsse hintanstehen. Dazu noch einmal Prof. Meffert: „Wir brauchen ein flexibles Bildungssystem, das möglichst viele Schüler möglichst weit auf dem Weg zu einer umfassenden Bildung und Erziehung mitnimmt.“

Die Einführung von Ganztagschulen mit einem breiten Lernangebot sei ein Schritt in die richtige Richtung. Eine Reihe anderer Ansätze zur individuellen Förderung wurden im Rahmen des Kongresses vorgestellt, bisher aber selten praktisch umgesetzt. Das meiste sei noch Pionierarbeit. Viele der präsentierten Ansätze funktionieren nicht wegen, sondern trotz des derzeitigen Schulsystems. n

• In Nordrhein-Westfalen ist die Chance für Kinder aus gehobenen sozialen Schichten 3,49mal so hoch eine Gymnasialempfehlung zu bekommen, wie für Kinder aus unteren sozialen Schichten – und zwar bei gleicher Intelligenz. Sie ist bei identischen Testergebnissen immer noch 2,63mal so hoch. Das ist nichts weniger als skandalös für die Ausschöpfung des Potentials „Zukunftsfähigkeit“, wie auch im Blick auf die individuellen Zukunftschancen der betroffenen Kinder.

• Die Studie zeigt, dass in einem erheblichen Leistungsbereich die Schulnoten ohne Abhängigkeit zu den per Test erhobenen Fähigkeiten gegeben werden.

Prof. Wilfried Bos, Hamburg
Präsentation der IGLU-Studie in Düsseldorf

Es ist kein Luxus, verschiedene Begabungen zu fördern

Bildung ist ein zentraler Faktor für die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft. Als Begriff definieren lässt sie sich nur im Zusammenhang mit den Zielen und Erwartungen, die eine Gesellschaft an ihre Mitglieder richtet. Doch was erwarten wir umgekehrt von Bildung?

In Deutschland gibt es einen enormen Reformbedarf auf verschiedenen Gebieten. Um alle Anforderungen der Zukunft bewältigen zu können, müssen alle Begabungen zielstrebig und konsequent gefördert werden, denn eine Gesellschaft kann auf Dauer nur so intelligent, leistungsfähig und erfolgreich sein wie die Menschen, aus denen sie besteht. Um dem gerecht zu werden und nachhaltige positive Veränderungen zu bewirken, muss auch unser Bildungssystem reformiert werden.

Bildung soll individuelle Kompetenz vermitteln und Neugier als Triebfeder für lebenslanges Lernen wecken. Das Bildungssystem muss in der – auch regional unterschiedlichen – Lebenswelt verankert sein, Traditionen und Eigenheiten verschiedener Lebenswelten berücksichtigen und einen Gegenpol zu unserer globalisierten Gesellschaft setzen. Bildung ist nicht auf den staatlichen Auftrag zu reduzieren, sondern wird zuallererst in der Familie vermittelt, danach spielen Kindergarten, Musikschulen, Kirchen etc. eine ebenso große Rolle wie die reale Lebensumwelt.

Das Bildungssystem der Zukunft muss dem Einzelnen die Chance zur differenzierten Bildung nach seinen Fähigkeiten bieten. Das deutsche System mit seiner frühen Selektion genügt diesem Anspruch nicht.

Bildung beginnt und endet nicht mit dem allgemeinen Schulsystem, sondern muss einen Beitrag dazu leisten, eine zukunftsfähige, stets das Neue begründende und auf Entwicklungen reagierende Gesellschaft zu gestalten. Dafür brauchen wir den Mut zu Reformen. Ein breiter Bildungskanon muss alle schöpferischen Kräfte bündeln. Es ist kein Luxus, verschiedene Begabungen zu fördern, sondern sträflicher Leichtsinn, dies nicht zu tun. [n](#)

Christoph Eichert (Bertelsmann Stiftung, Themenfeldleiter Bildung) zum Reformbedarf des deutschen Bildungssystems

- Die Vielschichtigkeit des Lernprozesses verbietet die Herstellung eines Kausalitätszusammenhangs zwischen einzelnen Unterrichtsmerkmalen und dem Lernerfolg.
- Die Geschlechterverteilung auf die Kompetenzstufen gibt Anlass zum Handeln: Mädchen sind im Lesen besser, Jungen in Mathematik und Naturwissenschaften. Systematische Einflüsse sind nicht zu verifizieren.

Prof. Wilfried Bos, Hamburg
Präsentation der IGLU-Studie in Düsseldorf

Herausgeber:

**Katholische Elternschaft Deutschlands
KED in NRW – Landesverband**

Kardinal-von-Galen-Ring 55
48149 Münster
Telefon: (0251) 495-404
E-Mail: ked@bistum-muenster.de

Der KED Kurier ist erhältlich bei der KED in NRW
oder bei der KED in Ihrem Bistum.

KED IM BISTUM AACHEN e.V.

Bettrather Straße 22
41061 Mönchengladbach
Telefon: (02161) 84 94 99
oder Telefon: (02161) 8 81 51
Telefax: (02161) 5754775
E-Mail: ked-bistum-aachen@t-online.de

KED IM BISTUM ESSEN

Krusestraße 15
46238 Bottrop
Telefon: (02041) 73 01 21

KED IM ERZBISTUM KÖLN

Vorgebirgsstraße 6
50677 Köln
Telefon: (0221) 31 55 13
Telefax: (0221) 310 97 46

KED IM BISTUM MÜNSTER

Kardinal-von-Galen-Ring 55
48149 Münster
Telefon: (0251) 495-404
E-Mail: ked@bistum-muenster.de

**FdK / KED IM
ERZBISTUM PADERBORN e.V.**

Domplatz 3
33098 Paderborn
Telefon: (05251) 125-217
Telefax: (05251) 125-470